



Auswirkungen von COVID-19 auf die deutsche Wirtschaft

4. DIHK-Blitzumfrage Juni 2020

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

DIHK

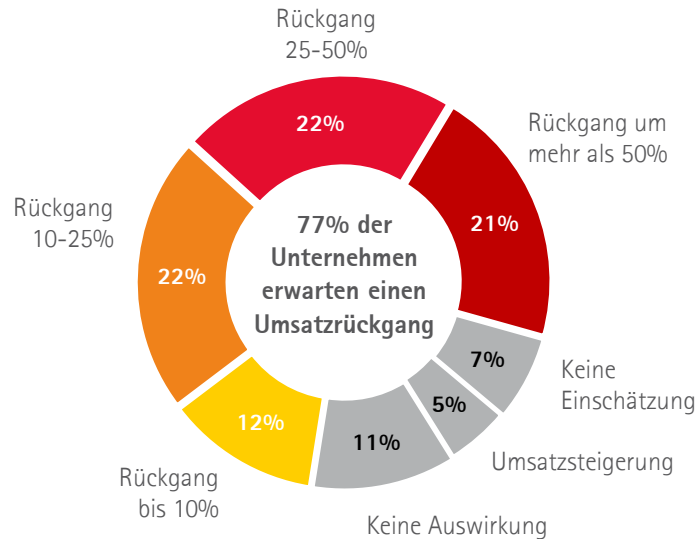
Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

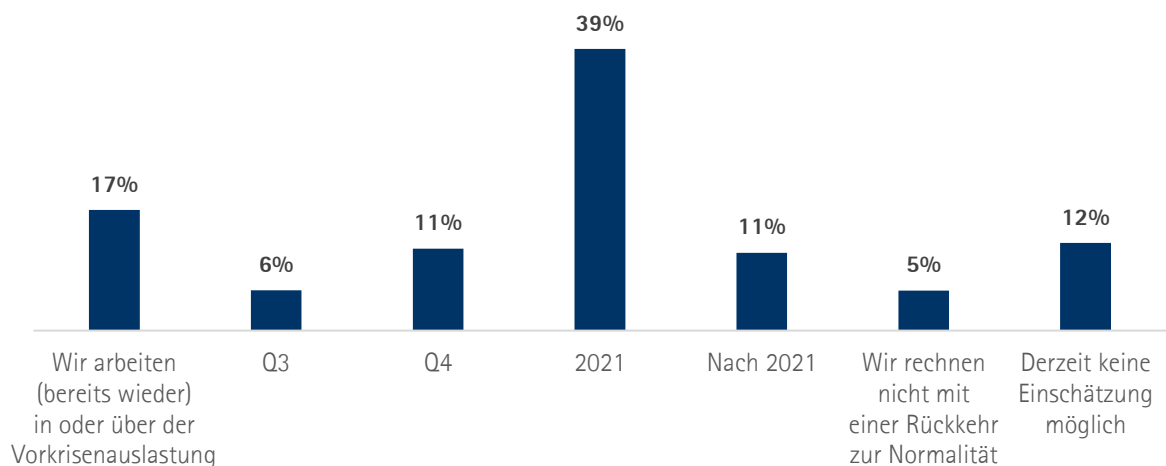
Zusammenfassung

Die Unternehmen bewerten ihre Lage so negativ wie noch nie zuvor. 77 Prozent rechnen für 2020 mit Umsatzeinbußen aufgrund der COVID-19 Pandemie. 21 Prozent sogar mit einem Rückgang um mehr als die Hälfte ihrer Umsätze. Dass zur Mitte des Jahres und nach dem erfolgten Restart weiterhin ein solch hoher Anteil hiervon ausgeht, verdeutlicht, wie stark die Krise ihre Spuren in den Bilanzen hinterlassen wird.



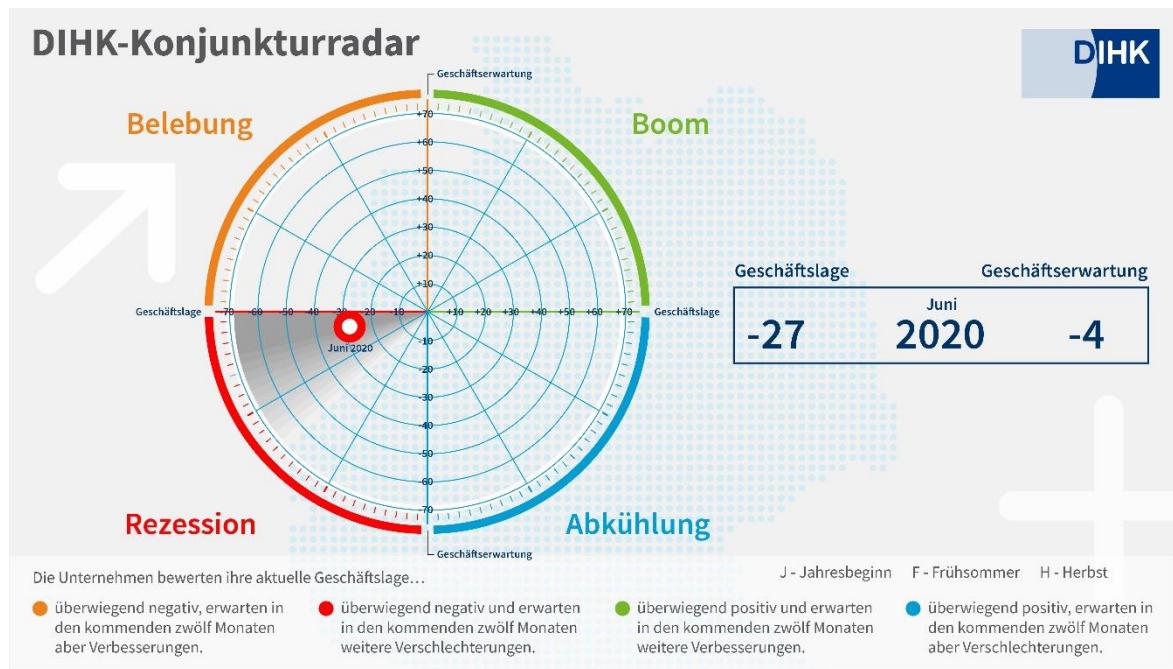
Und: Eine Normalisierung der Geschäfte ist derzeit für viele Unternehmen weiter nicht in Sicht. 39 Prozent der Unternehmen rechnen erst im Verlauf des Jahres 2021 mit einer Rückkehr zur Normalität. Im Vergleich zur Vorumfrage Anfang Mai ist dieser Anteil um elf Prozentpunkte gestiegen. Der Anteil der Betriebe, die eine Rückkehr sogar erst in späteren Jahren sehen hat sich mit elf Prozent fast verdoppelt. Weniger Nachfrage und die Stornierung von Aufträgen bestimmen den Alltag vieler Unternehmen. Auch die Finanzierung bleibt schwierig: Drei von vier Unternehmen spüren negative Auswirkungen der Krise auf ihre Finanzierungssituation. Dabei sind Eigenkapitalrückgang und Liquiditätsengpässe die schwerwiegendsten Probleme – nicht zuletzt mit Blick auf zukünftige Investitionen.

Rückkehr zur normalen Geschäftstätigkeit



n = 7.685

Dramatische Situation – steiniger Weg zurück

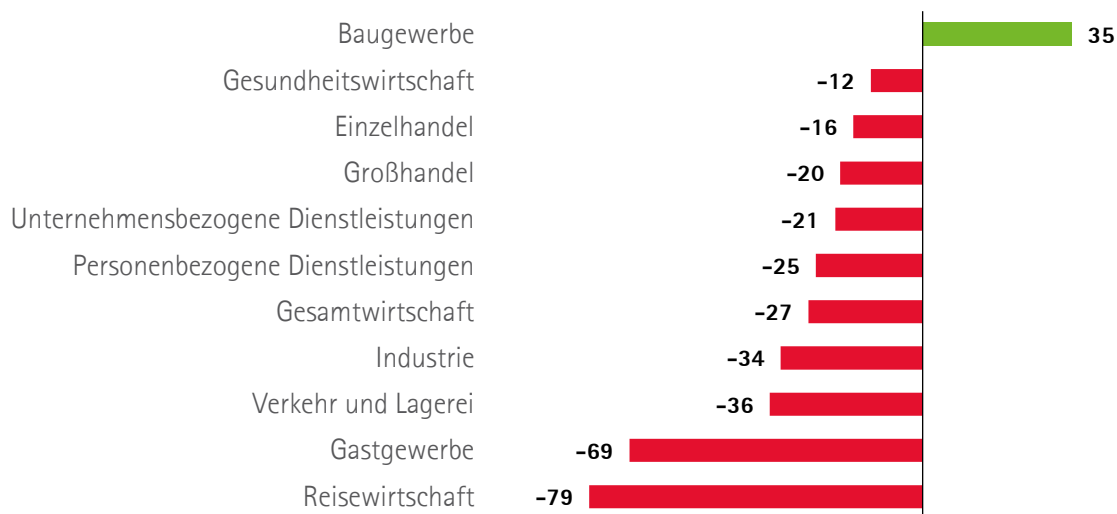


Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben sich tief in die deutsche Wirtschaft gegraben. Die Betriebe kämpfen in der Breite mit den Folgen des Lockdowns und geringer Nachfrage – national wie international. Für viele Unternehmen geht es um die Existenz: 44 Prozent berichten von einer schlechten Geschäftslage, 17 Prozent von guten Geschäften. Der resultierende Saldo aus guter und schlechter Geschäftslage erreicht damit -27 Punkte.

Dieser Einbruch der Unternehmenseinschätzungen ist dramatisch. Lag der Saldo in der turnusmäßigen Konjunkturumfrage zu Jahresbeginn noch bei plus 30 Punkten ist nun mit -27 Punkten ein dramatischer Tiefstwert, seit Beginn der Datenaufzeichnung im Jahr 1985, zu verzeichnen. Dabei ziehen sich die negativen Einschätzungen quer durch die Wirtschaft. Reisewirtschaft und Gastgewerbe sind weiterhin von Einschränkungen betroffen. Aber auch personenbezogene Dienstleister berichten von äußerst schlecht laufenden Geschäften. Die Öffnungen machen hier zwar teilweise den Betrieb wieder möglich, aber die Umsätze reichen häufig für einen lohnenden Geschäftsbetrieb nicht aus. Hinzu kommen teilweise hohe Kosten für Hygienemaßnahmen.

Beurteilung der aktuellen Geschäftslage

Saldo aus guter Lage minus schlechter Lage



n = 8.449

Ein deutliches Warnsignal für die Gesamtwirtschaft sind die Einschätzungen der Industrie. Hier ist der Saldo ebenfalls äußerst negativ, obwohl viele Betriebe grundsätzlich ihre Geschäfte tätigen können. Die geringe Nachfrage aus dem Ausland verursacht Schläge ins Kontor. Gerade die Industrie ist darauf angewiesen, dass der internationale Handel wieder in Schwung kommt. Jedoch sind aktuell die Nachrichten hierfür schlecht. Im Zuge der geringen globalen wirtschaftlichen Aktivitäten und großen logistischen Herausforderungen durch unterbrochene Lieferketten berichten auch Verkehr und Logistik von einer äußerst angespannten Geschäftslage.

Einzig das Baugewerbe arbeitet noch seine zwischenzeitlich vollen Auftragsbücher ab.

Unsicherer Blick in die Zukunft

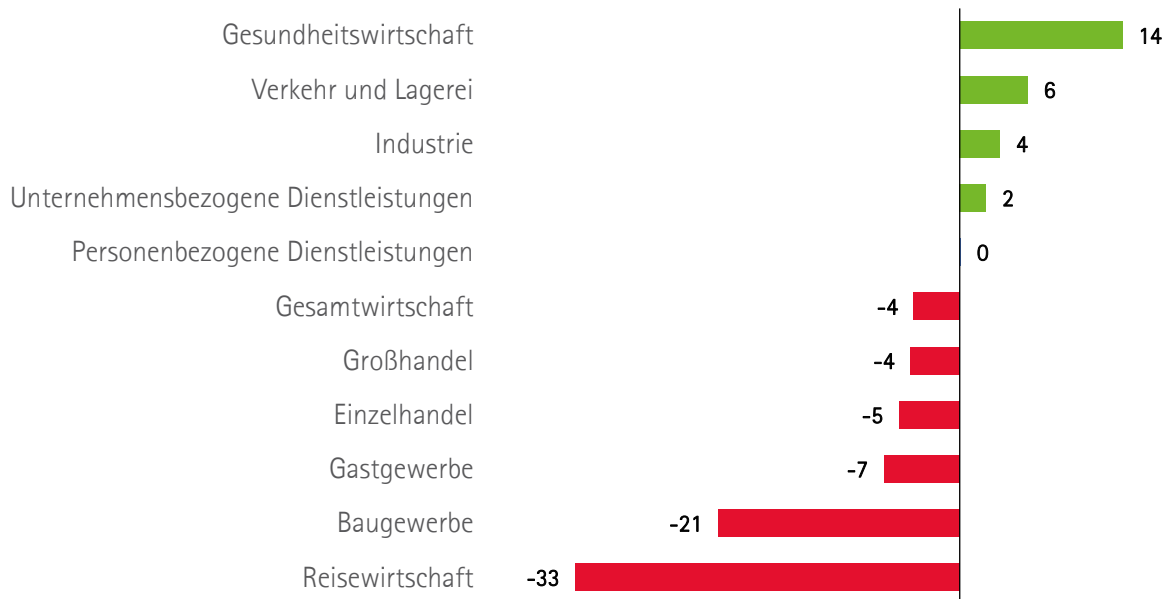
Die Unternehmen rechnen insgesamt nicht mit einer schnellen Erholung der Geschäfte. Gerade einmal ein Drittel sieht in diesem Jahr ihre Geschäfte auf Vorkrisenniveau als möglich an. Der Rest der Betriebe stellt sich auf eine langsamere Erholung ein. Das spiegelt sich auch in den Geschäftserwartungen der Betriebe. Mit einem Saldo von minus vier Punkten bleiben die Erwartungen im negativen Bereich. Das zeigt, dass der Weg zurück lang und schwierig ist. Hoffnungen auf einen schnellen Aufschwung nach der Krise haben die wenigsten Betriebe.

Die Reisewirtschaft (Saldo -33 Punkte) rechnet aufgrund der weltweiten Reisebeschränkungen nicht mit einer schnellen Belebung der Geschäfte. Auch das Gastgewerbe geht nicht von einer durchgreifenden raschen Belebung aus (Saldo minus sechs Punkte). Hier kommt der Wegfall von Veranstaltungen, Messen und damit insbesondere Geschäftsreisen, national wie international zum Tragen.

Der Einzelhandel erwartet ebenfalls keine deutliche Belebung der Geschäfte. Die Nachfragezurückhaltung der Kunden und ausbleibende Frequenzen in den Innenstädten sowie die Kosten für Hygienemaßnahmen belasten die Betriebe. In der Industrie gewinnen die Optimisten (Saldo vier Punkte) zwar leicht die Oberhand. Angesichts der weltweiten Lockdown-Maßnahmen steht die Entwicklung hier aber unter dem Vorbehalt einer globalen Konjunkturerholung. Aktuell können Unternehmer und Beschäftigte nicht reisen und ihre internationalen Kunden betreuen oder neue Kunden gewinnen – ein Menetekel für einen Industrieaufschwung.

Erwartungen für die kommenden 12 Monate

Saldo aus besseren Erwartungen minus schlechteren Erwartungen



Das Baugewerbe schaut sogar extrem negativ auf die nächsten Monate. Der Saldo von minus 21 Punkten verdeutlicht die Angst, dass Folgeaufträge aufgrund des Konjunktur einbruchs und sinkender Investitionen ausbleiben werden. Angesichts der Investitionsplanungen der Betriebe dürfte insbesondere der Wirtschaftsbau vor großen Herausforderungen stehen.

Rückkehr zur Normalität dauert länger als erwartet

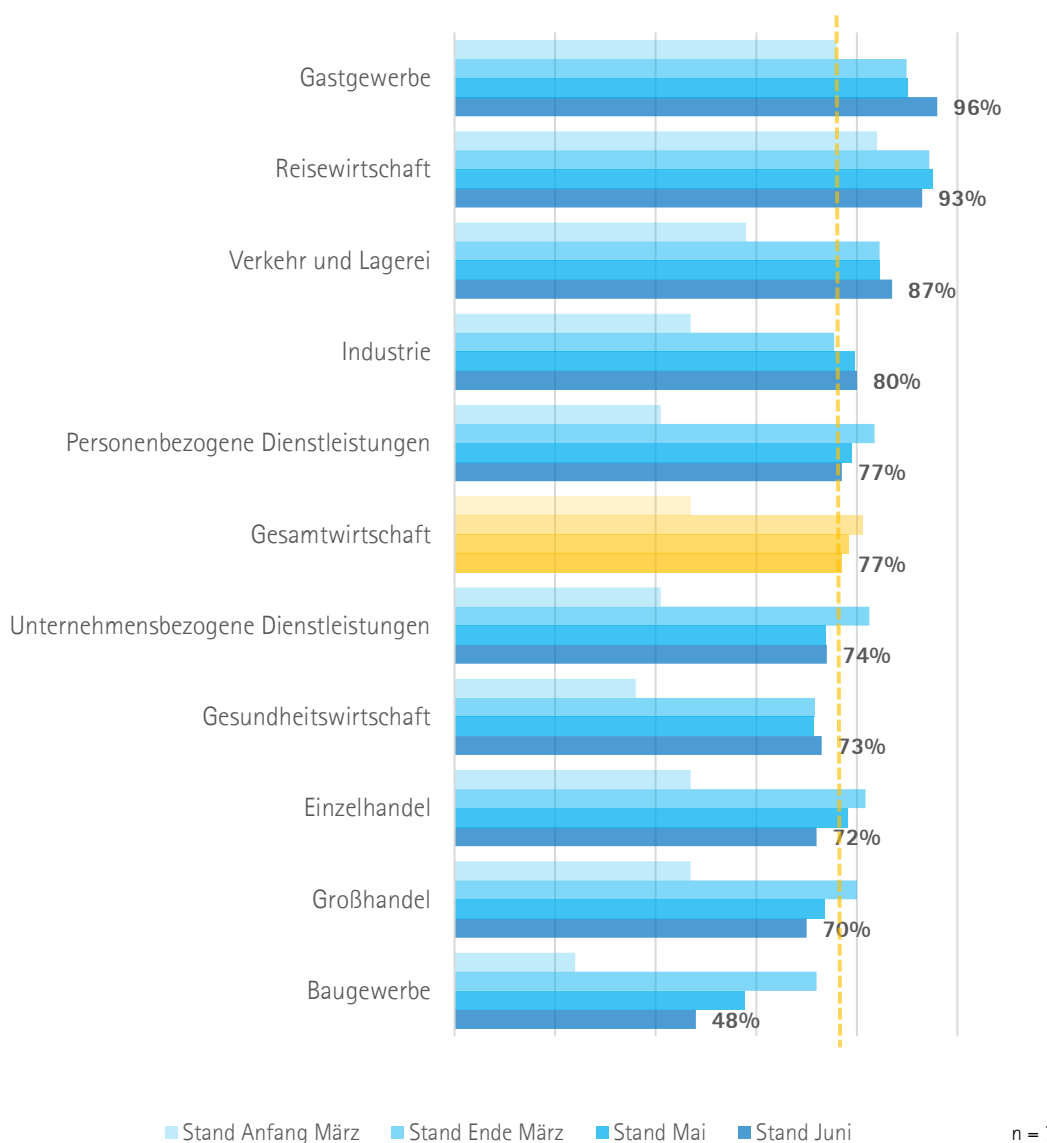
Nur rund ein Drittel der Betriebe geht davon aus, im Verlauf des Jahres 2020 zum Vorkrisenniveau zurückfinden. Der Anteil derer, die erst 2021 mit einer normalen Geschäftstätigkeit rechnen, ist um elf Prozentpunkte auf 39 Prozent gestiegen. Deutlich mehr Unternehmen als noch im Mai rechnen sogar erst nach 2021 mit einer vollständigen Erholung. Am geringsten ist die Hoffnung auf Erholung bis Jahresende in der Tourismusbranche sowie bei Verkehr und Lagerei. Überdurchschnittlich viele Firmen in der Reisewirtschaft (elf Prozent) gehen sogar davon aus, dass sich ihre Geschäftstätigkeit nicht mehr normalisieren, sondern anhaltend eingeschränkt sein wird. In der Industrie sind es immerhin vier Prozent.

Krise verfestigt sich in den Bilanzen

In der deutschen Wirtschaft steigt die Gewissheit, dass der Ausbruch der Corona-Pandemie das Geschäft des Jahres 2020 verhaseln wird. Die Befürchtungen von deutlichen Einbrüchen in den Umsatzzahlen für das gesamte Jahr werden immer mehr zu trauriger Realität. Rund vier von fünf Unternehmen erwarten einen Rückgang ihres Gesamtumsatzes im Jahr 2020 aufgrund der COVID-19 Pandemie. Dieser Anteil ist seit der letzten Befragung Anfang Mai ungefähr konstant geblieben (78 Prozent Anfang Mai). Immerhin: Aktuell geben 21 Prozent der Unternehmen an, einen Rückgang ihrer Umsätze von mehr als 50 Prozent im Jahr 2020 zu erleiden, Ende März waren es noch 27 Prozent der Unternehmen. Betrachtet man die Unternehmensgrößenklassen erwarten noch immer die kleineren Unternehmen die stärksten Umsatzeinbußen.

Anteil der Unternehmen, die mit einem Umsatzrückgang für das Gesamtjahr 2020 durch COVID-19 rechnen

nach Sektor, in Prozent



Die Geschäftsrückgänge sind dort am größten, wo der Betrieb aktuell noch komplett oder zu weiten Teilen stillsteht und die Stornierung von Aufträgen durch Kunden hoch ist. Letzteres bleibt in der Reisewirtschaft und im Gastgewerbe die schwerwiegendste Folge. Mit zwei Fünftel in der Reisewirtschaft und einem Viertel im Gastgewerbe liegt das Risiko für Insolvenzen überdurchschnittlich hoch. In der Gesamtwirtschaft sind es ein Zehntel der Unternehmen (13 Prozent in der Vorumfrage). Kleine Unternehmen sehen sich stärker betroffen als mittlere oder große.

Welche Auswirkungen hat die COVID-19 Pandemie aktuell auf die Geschäfte Ihres Unternehmens?



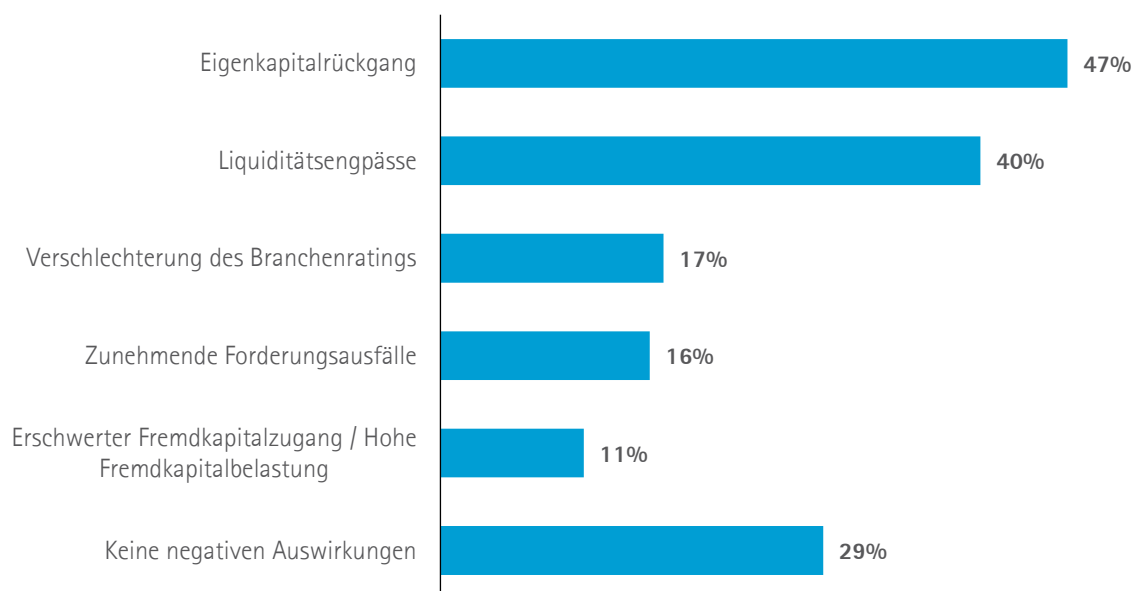
Weniger Nachfrage und die Stornierung von Aufträgen durch Kunden sind weiterhin die meistgenannten Auswirkungen der COVID-19 Pandemie. Trotz der Lockerungen ist der Anteil der Unternehmen, die von Stornierungen berichten, im Vergleich zur Vorumfrage nicht gesunken.

Von der rückläufigen Nachfrage ist besonders die, für die deutsche Wirtschaftsstruktur so bedeutsame, Industrie schwer getroffen – knapp acht von zehn Industriebetrieben verzeichnen weniger Aufträge. Damit ist absehbar, dass die Auswirkungen der Krise auf die deutsche Wirtschaft nicht nur kurzfristiger, sondern auch mittel- bis langfristiger Natur sind. Neben der gesunkenen Nachfrage ist ebenso schwerwiegend, dass insbesondere auch in der Industrie Eigenkapitalrückgang und Liquiditätsengpässe zu verzeichnen sind. Das drückt gewaltig auf die Investitionspläne der Unternehmen. Zusammen mit dem Rückgang der weltweiten Wirtschaftsleistung bewirken die Nachfrage- und Kapitalprobleme, dass in der Wirtschaft insgesamt 38 Prozent der Betriebe weniger investieren wollen. Überdurchschnittlich betroffen sind neben der Industrie (55 Prozent), das Gastgewerbe (53 Prozent), Verkehr und Lagerei (44 Prozent). Bei den großen Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten sind es sogar mehr als 60 Prozent. Hier hat auch die Nachfrage mit 70 Prozent am stärksten nachgelassen. Schon vor der Corona-Krise hat die Industrie vor großen Herausforderungen bei Digitalisierung, Verkehrs- und Energiewende gestanden. Dass nunmehr der notwendige Spielraum für Zukunftsinvestitionen immer kleiner wird, kann auch der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft hierzulande erheblich schaden.

Krise drückt auf Eigenkapital und führt zu Liquiditätsengpässen

Die Finanzierungsbedingungen der deutschen Wirtschaft haben sich mit der Coronavirus-bedingten Krise deutlich verschlechtert: Zwei von drei Unternehmen spüren negative Auswirkungen auf ihre Finanzierungssituation. Mittlerweile ist knapp die Hälfte der Unternehmen von einem Eigenkapitalrückgang betroffen.

Wie wirkt sich die COVID-19 Pandemie auf Ihre Finanzierungssituation aus?



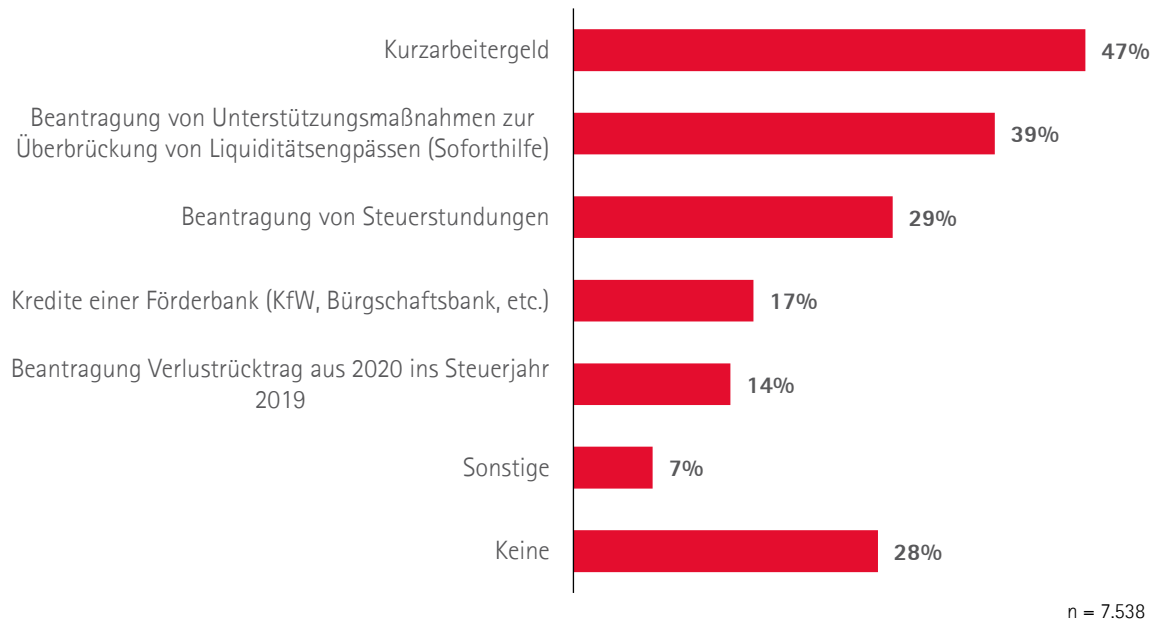
n = 7.552

Deutlich an Dramatik hat fehlende Liquidität gewonnen: Vier von zehn Unternehmen senden dieses alarmierende Signal (27 Prozent im Mai). Mit Fortschreiten der Krise und ausbleibenden Umsätzen kommen die Bilanzen immer deutlicher unter Druck. Bei den kleinen Unternehmen berichtet fast jedes zweite von Liquiditätsengpässen. Das gilt, obwohl jedes zweite kleine Unternehmen Soforthilfen zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen in Anspruch genommen hat. Steuerstundungen und -erstattungen mit ihrem liquiditätsstärkenden Effekt wurden von jedem dritten Unternehmen angewandt, und jedes siebte Unternehmen hat bereits die erst vor kurzem beschlossene Möglichkeit genutzt, den in diesem Jahr erwarteten Verlust mit den Gewinnen des Vorjahres zu verrechnen und so einen Teil der 2019 geleisteten Steuervorauszahlung vom Finanzamt zurückzuerhalten. Verschlechtert hat sich in der Gesamtwirtschaft seit Mai die Versorgung mit Fremdkapital: Jedes zehnte Unternehmen ist mittlerweile davon betroffen. Besonders deutlich hat dieses Problem bei den größeren Unternehmen zwischen 500 und 1.000 Beschäftigten zugenommen: Hier sind zwölf Prozent der Unternehmen von einem erschweren Zugang zu Krediten betroffen.

In den vor allem von Einschränkungen ihrer Geschäftstätigkeit betroffenen Branchen hat sich die Liquiditätssituation im Vergleich zum Mai besonders deutlich verschärft. Drei von vier Unternehmen des Gastgewerbes und zwei von drei Betrieben der Reisewirtschaft berichten von Liquiditätsengpässen. Im Mai waren es jeweils knapp 50 Prozent. Beide Branchen stehen außerdem für hohe Einbußen beim Eigenkapital: Drei von vier Unternehmen sind betroffen. Das ist deutlich mehr als in der Gesamtwirtschaft.

In der Industrie bleibt die Eigenkapitalsituation angespannt, wenngleich sie sich im Vergleich zum Mai nicht weiter verschärft, eine Folge innerbetrieblicher Sparmaßnahmen sowie des wieder aufgenommenen und stärker fortgeführten Geschäftsbetriebes als in der Phase des Lockdowns. Aber auch hier hat der Anteil der Unternehmen, die über Liquiditätsengpässe berichten, von knapp 24 Prozent auf nun 35 Prozent zugenommen.

Welche Maßnahmen setzen Sie zur Linderung der Auswirkungen der COVID-19 Pandemie um?



Dass 70 Prozent der Unternehmen Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch nehmen, zeigt wie wichtig diese Instrumente branchenübergreifend und auch über alle Größenklassen hinweg sind. Angesichts der Tiefe der Krise, die die Betriebe in Atem hält, werden die Maßnahmen auch kurz- bis mittelfristig nicht an Bedeutung verlieren.

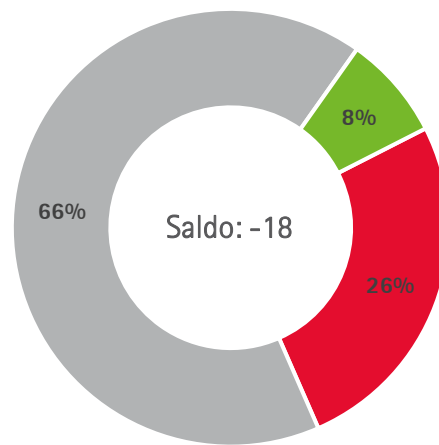
Beschäftigungsabbau beginnt

Angesichts der tiefen Einschnitte in die Geschäftstätigkeit und dem unsicheren Ausblick müssen die Unternehmen ihre Beschäftigungspläne anpassen. Ein Viertel der Unternehmen wird in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich Personal abbauen müssen.

Von den Firmen, die angeben Kurzarbeitergeld zu nutzen, geben über die Hälfte an, die Beschäftigungssituation in den nächsten zwölf Monaten nicht zu verändern, zwei Fünftel berichten Beschäftigung abzubauen. Dies verdeutlicht, wie kritisch die Lage ist.

Betrachtet man die Branchen muss unterschieden werden: Während knapp die Hälfte der im Tourismus aktiven Firmen und ein Viertel der Industriebetriebe Stellen abbauen muss, plant die Gesundheitswirtschaft unter dem Strich sogar Stellen aufzubauen.

Beschäftigungsabsichten



■ Wir müssen Personal abbauen ■ Gleichbleibend ■ Wir stellen zusätzliches Personal ein n = 8.314

Reisefreiheit, Steuersenkungen, Bürokratieabbau – das sehen die Unternehmen über das Konjunkturpaket hinaus als nötig an

Bei der Frage, welche zusätzlichen Impulse sich die Unternehmen neben den bisher auf den Weg gebrachten Maßnahmen von der Politik wünschen, ergibt sich ein breites Meinungsbild. Klar ist, dass das Konjunkturpaket der Bundesregierung die Nachfrage allenfalls in Deutschland positiv beeinflussen kann. Weit oben auf der Liste der Unternehmen für notwendige Maßnahmen stehen daher die Reisefreiheit für Geschäftsreisen und eine Normalisierung des internationalen Austausches von Waren und Dienstleistungen. Fast die Hälfte des deutschen Bruttoinlandsprodukts hängt am Export. Die Unternehmen wissen aus eigener Erfahrung, dass sie für eine erfolgreiche Stabilisierung ihrer Geschäfte auf offene Grenzen und einen ungehinderten Waren-, Personen- und Güterverkehr angewiesen sind.

Zudem erwarten die Unternehmen weiterhin Verbesserungen bei der steuerlichen Berücksichtigung der in diesem Jahr Corona-bedingt entstehenden Verluste. Konkret würde es helfen, wenn die Unternehmen die aktuellen Verluste mit Gewinnen der letzten beiden Jahre verrechnen könnten. Auch einen leichteren Zugang zu Krediten über Förderbanken wie der KfW sehen viele Unternehmen als wichtig an.

Bürokratische Kosten entstehen bei den Unternehmen bei der Umsetzung der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung. Dabei könnte diese Maßnahme tatsächlich einen wichtigen Impuls für den Binnenkonsum in Deutschland geben. Es müssen aber sämtliche Kassensysteme, Buchhaltungsprogramme, Warenwirtschaftssysteme und Rechnungssysteme umprogrammiert werden. Die Unternehmen erwarten deshalb zeitnah vereinfachende Übergangsregelungen durch die Finanzverwaltung und den Gesetzgeber, die die Umstellungen für sie so praktikabel wie möglich machen. Sonst drohen die entlastenden Effekte dieser temporären Steuersenkung wahrscheinlich zu verpuffen.

Wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf sehen die Unternehmerinnen und Unternehmer aber auch zusätzlich zu den aktuell diskutierten und jüngst im Konjunkturpaket verabschiedeten Maßnahmen. Ganz oben auf der Liste stehen etwa die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, auf Dauer niedrigere Belastungen durch Steuern und Bürokratie. Eine schnellstmögliche Normalisierung des Geschäftsbetriebs könnte aus Sicht vieler Unternehmen aber vor allem eine Maßnahme bringen: Ein Impfstoff.

Methodik

Die Umfrage hat vom 22. bis 26. Juni 2020 stattgefunden. Rund 8.500 Unternehmen haben an der Umfrage teilgenommen.

Die Antworten verteilen sich auf die Industrie (19%), Baugewerbe (6%), Einzelhandel (12%), Großhandel (6%), Verkehr und Lagerei (4%), Reisewirtschaft (4%), Gastgewerbe (10%), Gesundheitswirtschaft (4%), Personenbezogene Dienstleistungen (10%), Unternehmensbezogene Dienstleistungen (25%).

Nach Unternehmensgrößenklasse verteilen sich die Antworten wie folgt: 1-19 Beschäftigte (61%), 20-199 Beschäftigte (29%), 200-499 Beschäftigte (5%), 500-999 Beschäftigte (2%), über 1.000 Beschäftigte (3%).

Impressum

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet

www.dihk.de

Facebook

www.facebook.com/DIHKBerlin

Twitter

http://twitter.com/DIHK_News

Redaktion

Dr. Ilja Nothnagel, Katharina Huhn, Dr. Kathrin Andrae, Dr. Christian Jekat

Grafik

Katharina Huhn, Lola Machleid, Sebastian Titze

Bildnachweis

<https://www.gettyimages.de/>

Stand

Juni 2020